

FAZ Kolumne 27.12.10  
Von Michael Heise

## **Das Schicksal des Euro**

Die Welt diskutiert über das weitere Schicksal des Euro. An originellen Vorschlägen mangelt es nicht: Rückkehr zur D-Mark oder Ausstieg von Griechenland, Irland – und vielleicht auch Portugal oder Spanien - ein Nord, ein Süd-Euro? Solche Gedankenspiele zur Aufspaltung des Euro führen nicht weiter. In Talkshows mögen sie ankommen, aber im deutschen Interesse sind sie sicherlich nicht. Deutschland profitiert von der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas, die der Euro vorantreibt und symbolisiert. Sie gilt es auf folgenden Wegen zu stärken:

Um Vertrauen wiederzugewinnen, müssen die „Krisenländer“ an einem strikten Konsolidierungs- und Reformkurs festhalten. Nicht mit blindwütigem Sparen, sondern mit Reformen der Sozialversicherungen und des Arbeitsmarktes, mit Privatisierungen und mehr Effizienz in der Staatswirtschaft. Genau solche Schritte sind es, die die Politik vielerorts vollzieht. Wer behauptet, dadurch würde sich die Wachstumsspirale immer weiter nach unten drehen, verkennt historische Erfahrungen und ökonomische Zusammenhänge. Immer wieder konnten Länder nach schweren Konsolidierungskrisen schnell wieder Wachstum erzeugen. Währungsabwertungen halfen dabei kaum. Der Glaube an ihre Heilkraft ist stark übertrieben. Abwertungsvorteile werden schnell durch höhere Löhne und Inflation wieder wettgemacht. So kam es, dass die „Abwertungszeiten“ in Griechenland, Portugal oder auch in Spanien und Italien keinesfalls goldene Jahre waren. Es macht wenig Sinn, in diese Vergangenheit zurückzugehen.

Die vom EU Rat angestoßene Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sollte schnellstmöglich implementiert werden. Natürlich werden neue institutionelle Regeln nur mittelfristig wirken, aber als Signal für die Handlungsfähigkeit der EU sind sie äußerst wichtig. Je schneller umgesetzt wird, desto eher wird klar werden, dass mit den neuen Regeln wesentliche inhaltliche Veränderungen verbunden sind.

Eurobonds können die aktuelle Finanzierungskrise einiger Staaten allenfalls zudecken. Eurobonds setzen ein viel höheres Maß an politischer, insbesondere finanzpolitischer Integration voraus, als wir es derzeit haben und sie ändern nichts daran, dass Länder Defizite anhäufen können oder über die eigenen Verhältnisse leben, sie erleichtern es im Zweifel sogar. Für Deutschland bringen sie keine Vorteile, wie immer wieder behauptet wird, sondern Mehrkosten in beträchtlicher Höhe, weil der Durchschnittszins eben auch die schlechteren Bonitäten enthält. Anders als bei Garantien sind die Kosten sofort fiskalisch wirksam. Zinsdifferenzen sollten bestehen bleiben, da sie disziplinierend wirken.

Auf Marktübertreibungen sollte nicht mit Aktionismus reagiert werden. Richtigerweise hat man auf die gestiegenen Zinsen Spaniens und Italiens nicht mit einer Aufstockung des Garantierahmens reagiert, den die Märkte dann wohl auch beansprucht hätten. Risikoprämien um 3 % für spanische Anleihen sind auch mal eine Zeitlang hinzunehmen. Immerhin hat Spanien eine geringere Schulden- und Zinslast als Deutschland.

Also heißt die Devise: der Euro-Aufspaltung eine Absage erteilen, politischen Zusammenhalt demonstrieren, Reformen vorantreiben und sich nicht durch die Finanzmärkte zu übertriebenem Aktionismus verleiten lassen.